

Archiv

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Federal Republic of Germany

24. Juli 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/150

Bonn, den 24. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Geht er - geht er nicht?

60

Minister-Rücktrittsdrohungen am laufenden Band  
Von Günter Markschaffel

2 - 3a

Presse und Polizei im demokratischen Staat

103

Bemerkungen zu einem aktuellen Thema  
Von Fritz Sänger, MdB

3a

Korrigierte Geschichtsklitterung

24

Lübke, Seeborn und die Autobahnen

4 - 5

Pankows Affront gegen die Katholiken

79

Wachsende Spannungen im Vorfeld  
des 79. Deutschen Katholikentages  
Von Eberhard Zachmann, Berlin

\* \* \*

\* \*

Chefredakteur Günter Markschaffel

Geht er - geht er nicht ?

Minister-Rücktrittsdrohungen am laufenden Band

"Bis zur Stunde hat der Minister (Strauss) jedenfalls der CSU-Landesgruppe gegenüber keine feste Zusicherung gegeben, endgültig in Bonn zu bleiben."

"Bonner Rundschau", 24. Juli 1962

\* \* \*

G.M. - Seit Bundeskanzler Dr. Adenauer nach dem Verlust der absoluten CDU-Mehrheit im Bundestag dem Koalitionspartner FDP das Versprechen gegeben hat, im Laufe der jetzigen Legislaturperiode zurückzutreten, wackeln in Bonn von Zeit zu Zeit die wichtigsten Ministersessel. Fast jede Woche hört man, einer der Inhaber besagter Sessel wolle der provisorischen Bundeshauptstadt den Rücken kehren, was zur Folge hat, daß die Ministerialbürokratie überhaupt nicht mehr weiß, wer nun eigentlich ernsthaft noch ans Regieren denkt.

An der Spitze der Demissionäre steht der Bundeskanzler; jedenfalls glaubt Herr Mende immer noch, daß Dr. Adenauer sein Koalitionsversprechen halten wird. Dann folgt Staatssekretär Dr. G l o b k e , dessen amtliches Schicksal - wie jeder weiß, - vom Verbleib oder Nichtverbleib seines Freundes Adenauer abhängt. Ein über Jahre getreu gewesener Eckehard Adenauers hat bereits Bonn aufgegeben: Staatssekretär von E c k h a r d t fand in Berlin ein neues Betätigungsfeld.

Der Vizekanzler und präsumtiv gewesene Kanzlernachfolger, Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. E r h a r d droht ständig - intern, versteht sich ! - mit dem Rücktritt, sofern nicht endlich seine Kabinettskollegen und der Kanzler sich gewillt zeigen, der Maßhalteappellen Folge zu leisten.

Bundesfinanzminister S t a r k e hat seit seinem Amtsantritt bereits vier Rücktrittsdrohungen auf den Tisch des Hauses gelegt. In seinem Amt wird behauptet, es seien sogar sechs gewesen, aber zwei davon habe man "in letzter Augenblick" der Öffentlichkeit vorenthalten können.

Bundesjustizminister Dr. S t a m m b e r g e r will sich untersuchen lassen, das heißt, er möchte gern einen parlamentarischen Unter-

suchungsausschuss gegen sich eingesetzt wissen, der feststellen soll, ob er - der Justizminister - in der "Affäre Fränkel" nicht versagt habe. Es soll aber auch andere Gründe geben, die den Bundesjustizminister veranlassen haben, seiner Unlust an der Weiterführung des Amtes Luft zu machen . . . . .

Bundesverteidigungsminister Dr. h.c. Franz Josef Strauss will auch nicht mehr so richtig. Das persönliche und politische Aufbruchmanöver in der vergangenen Woche hat nicht ganz so geklappt, wie es sich wohl Strauss und seine Freunde vorgestellt haben mögen. Nach anfänglichen Jubelruf "Strauss bleibt in Bonn" heisst es jetzt in der "von CDU-Kreisen" meist recht gut informierten "Bonner Rundschau", der Minister sei sich noch keineswegs ganz klar darüber, ob er nicht doch nach München gehe.

Zu allem Überflus droht Bundesarbeitsminister Theodor Blank vorläufig auch nur Internat - ebenfalls mit dem Rücktritt, falls der Arbeitnehmerflügel in der CDU nicht endlich "Vernunft" annehmen sollte. Daß der Sigismund von Braun den Protokollchef an den Nagel hängt und nach Washington als UNO-Botschafter übersiedelt, kann mit den Umbesetzungen im Auswärtigen Amt zusammenhängen - muss es aber nicht.

- \* Das ist die Bilanz der einjährigen "Regierungstätigkeit"
- \* eines Kabinetts, von dem Wohlmeinende sagen, es müsse sich
- \* erst einmal zusammenraufen, andere dagegen behaupten, es
- \* habe wegen seiner inneren Spannungen überhaupt noch keine
- \* sachliche Arbeit leisten können.

Die Zusammenrauferei könnte uns, falls es sich nur um die genannten Personen handeln würde, ziemlich gleichgültig sein. Es geht aber um viel mehr als lediglich um das Verschnupftsein oder die Koketterie des einen oder anderen Polit-Stars. Die schon vor der Bundestagswahl '60 sich abzeichnenden Schwierigkeiten in der deutschen Politik können nicht von einer Regierung bewältigt werden, deren Spitze sich hartnäckig weigert, eine wirkliche Teamarbeit zu entwickeln, und deren einzelne Mitglieder dauernd versuchen, ihre wackelige Position durch Rücktritts-irrhungen aufzuwerten. Die Geschädigten sind dabei nicht die Herren, deren Namen in aller Munde sind, sondern die deutsche Politik, die eines konstruktiven Leitgedankens bedarf.

Presse und Polizei im demokratischen Staat

Von Fritz Sänger, MdB

Zusammenstösse zwischen Polizei und Presse sollte es in einem Lande, das eine demokratische Verfassung hat, nicht geben, schon gar nicht solche, die zu Tätlichkeiten ausarten. Die Aufgabe der Polizei, die öffentliche Ordnung zu wahren, und die Aufgabe der Presse, der öffentlichen Meinung zu dienen, können und müssen sich so ergänzen, daß über eine Zusammenarbeit und nicht über einen Zusammenstoß zu berichten ist. Leider haben uns in jüngerer Zeit mehrfach Meldungen von bedauerlichen Auseinandersetzungen, von Schlägen, Beschlagnahmen und ahnelichem informiert. Solche Vorkommnisse werden im Inland und im Ausland genauer registriert, als sich mancher vorstellen möchte, vor allem im Ausland, wo man an Geschehnissen dieser Art den Grad der Entwicklung misst, die - so sehen viele nun einmal unser Land und uns selbst - den Weg vom Untertanen zum Verantwortlichen, vom Befehlsstaat zur Demokratie kennzeichnet.

Gemeinsame öffentliche Aufgabe

Der Versuch, Ursache und Anlass in den Fällen zu erkunden, die größeres Aufsehen erregt haben, ist mißlungen. Man war in den Ämtern wenig informationsfreudig und in den Redaktionen zuweilen allzu mitteilsam. Aber es war der bestimmende Eindruck, daß diese Vorkommnisse nicht möglich gewesen wären, wenn die Polizei eine andere Auffassung von der Position, der Aufgabe, den Pflichten der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens hätte. Hier, so scheintes bei aller Sorgfalt, ein zutreffendes und unverzerrtes Bild der Tatsachen und der Ursachen zu gewinnen, muß der Hebel angesetzt werden.

Die öffentliche Aufgabe der Presse - das war und ist offensichtlich vielen Verantwortlichen völlig fremdes Denken. "Ein Gewerbeunternehmen wie jedes andere", so lautete die eine Stellungnahme, die ruhig, überlegt, ohne Aggressivität gegeben wurde, als nach der Position der Presse gefragt oder über sie gesprochen wurde. "Wieso Kontrollpflicht?", lautete eine andere, "kontrollieren kann nur der Staat", wobei kein Hehl daraus gemacht wurde, dass es eine Genugtuung bedeutet, daß "der Staat" es ohne öffentliche Anteilnahme und Einsicht tun würde, und daß eben die öffentliche Verpflichtung der Presse und ihrer Journalisten der Stein des Anstoses, nein, der Stahlblock für härtesten Widerstand ist. Wir horsten auch: "Was amtlich ist, ist richtig", gewiß eine Entgleisung, aber eine Warnung für die, denen doch an einer Zusammenarbeit amtlicher staatlicher Organe, also der Polizei, mit einer frei tätigen Presse gelegen ist.

"Unbequeme Presse"

Die Presse wird als unbequem empfunden. Die Presse ist aber auch zuweilen unbequem und ihre Mitwirkung ist sogar auch einmal unzweckmässig. Das darf nicht übersehen werden. Jedoch kann eine solche Einsicht nicht am Ort, nicht durch Abführen, nicht durch Zwang, Beschlagnahmen oder gar Schläge erreicht werden, sondern nur in ruhiger Aussprache, die sofort ermöglicht werden muss, und an der nicht die unmittelbar Beteiligten, sondern die nächsten Verantwortlichen mitwirken sollten. Wir meinen, daß dies in allen den Fällen, die wir kennen - und absichtlich möchten wir keinen besonders präzisieren - praktisch möglich war, überwiegend aber der Polizei "überflüssig" erschien. Sie handelte "kraft Anweisung" oder "als Obrigkeit", wie wir lasen und horsten. Das ist nicht die geeignete

Voraussetzung. Klar und bestimmt zu handeln verbietet nicht, sofort jede Chance für einen Ausgleich zu bieten, nicht am Ort, aber höheren Orts.

Nicht nervös machen lassen !

Alles wäre einfacher, wenn auch die am Ort tätigen Journalisten jederzeit erkennbar werden liessen, dass sie die schwere Aufgabe der Polizei respektieren. Es ist verständlich, dass bei plötzlichen Ereignissen a l l e nervös sind, es ist nicht zu billigen, dass dann nicht b e i d e Seiten alsbald sich die Reserven gegeneinander auferlegen, die sie brauchen, um sich in ihren weitgehend übereinstimmenden Aufgaben nicht zu stören.

Eben das aber muss begriffen werden: weitgehend übereinstimmende Aufgaben. Wir sind noch sehr weit von einer solchen Einsicht entfernt. Manche Veröffentlichungen, die nach den ersten Vorkommnissen zu lesen waren, die meinten, man müsse in Hintergrund die Räson sichtbar machen und die sehr deutlich zeigten, dass die Verfasser noch immer nicht obrigkeitliches Denken abzulegen vermochten, haben weder der Polizei noch der freien Arbeit der Presse Nutzen gebracht. Es kommt nicht auf ein paar wohlklingende und sogar gültige Prinzipien an, sondern auf die praktisch mögliche Anwendung solcher Grundsätze.

Richtige Presseausweise notwendig !

Eine Hilfe könnten Ausweise leisten. Es ist nicht erst aus jüngerer Zeit unsere immer wiederkehrende Erfahrung, dass die gültigen Presseausweise in der Bundesrepublik nicht sehr viel grösseren als den Papierwert haben. Jedenfalls haben wir nur mit dem internationalen Presseausweis Eindruck zu erreichen vermocht. Das ist in anderen Ländern anders, nicht nur in denen des freien Westens. Wenn schon ein Ausweis vorliegt, dann muss er vollkommener und ohne persönlicher Vorbehalt des antretenden Kontrolleurs respektiert werden. Hier fehlt es sehr bei uns, und die Behörden sollten darauf dringen, dass wenigstens dieser schmale Pfad, auf dem man sich begegnen und erkennen kann, bekannt ist, jeden, auch dem letzten Polizeibeamten.

Die zuständigen Verbände aber sollten einen einfacheren, eindruckvolleren Ausweis schaffen und ihn und seinen Besitz zur Voraussetzung für die Arbeit jedes Journalisten machen. Er sollte auch nur Journalisten und niemand sonst gegeben werden, damit die Hinweise entkräftet werden können, man treffe "auch Drucker und Papierhändler" damit an, oder man finde ihn bei gelegentlichen Mitarbeitern, die hauptantlich in einer Behörde tätig seien, und ähnliches mehr.

Frage an die Bundesregierung

Für die Fragestunde des Bundestages habe ich folgende Frage eingereicht:

- \* "Ist die Bundesregierung angesichts der sich häufenden Zusammenstöße von Polizei und Presse bereit, dem in der Bundesrepublik geltenden, von den Berufsverbänden der Presse geschaffenen einheitlichen Presseausweis durch Aufklärung der Polizeibeamten den erforderlichen Respekt zu verschaffen, den solche Ausweise der Presse und ihre Inhaber aus der öffentlichen Aufgabe der Presse in allen demokratischen Ländern genießen?"

Der Ausweis und seine Beachtung können aber immer nur eine Brücke bieten, nicht mehr. Den Weg zueinander müssen Presse und Polizei durch beiderseits bestätigten guten Willen finden. Eine freie und ungehinderte Berichterstattung über Tatsachen muss in jedem Falle möglich sein und darf niemals gedrosselt werden. Wo besondere Umstände vorübergehend ganz oder teilweise eine sofortige umfassende Berichterstattung unzweckmäßig erscheinen lassen, kann der Verzicht nur durch Aufklärung, Einsicht und freie Entscheidung der Presse erreicht werden, deren Verantwortungsbewusstsein und Verantwortungspflicht sie sicher leitet. Die Furcht vor der freien Berichterstattung muss überwunden, Willkür und Lust an der Sensation müssen vordrängt werden.

+ + +

Korrigierte Geschichtsklitterung

sp - Immer wieder hört man in Diskussionen zum Thema "Unbewältigte Vergangenheit", Hitler habe auch "sein Gutes" gehabt. Als Beispiel für diese Behauptung wird seit Jahr und Tag der Bau der Autobahnen angeführt. Diese Redensart wurde so oft kolportiert, daß man es schon leid werden konnte, immer wieder auf den Unsinn hinweisen zu müssen. Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit hat Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke jetzt versucht, die Dinge ins richtige Licht zu rücken. Er gedachte aus Anlaß der Beendigung des letzten Bauabschnittes der Autobahn Hamburg-Frankfurt-Basel des Geheimrats Prof. Dr. ing. Robert Otzen, der schon 1926, also sieben Jahre vor der sogenannten Machtergreifung, die erste Anregung zum Bau von Autobahnen gab und zur Durchführung des Projektes die seinerzeit viel bespottete Gesellschaft HAHABA (Hamburg-Frankfurt-Basel) gründete. In den Jahren 1926 bis 1933, und auch darüber hinaus, hat dann die Reichsbahnverwaltung die Projektierung der auch im Ausland viel bewunderten Autobahnen vorbereitet; lange vor Hitler waren einige Versuchsstrecken bereits im Bau. Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer hat ein die Geschichte des Autobahnbaus darstellendes Telegramm des Bundespräsidenten in Freiburg verlesen, und zahlreiche Zeitungen in der Bundesrepublik schrieben den Hinweis auf die Vergangenheit der Autobahnen dem Bundesverkehrsminister zu. Der Bundespräsident wird diesen Irrtum zu verschmerzen wissen. Hauptsache ist, daß endlich einmal die Legende vom "Führer, der die Autobahnen aus dem Boden stampfte", angebohrt wurde. Es wird sicher noch lange Zeit dauern, bis diese Richtigstellung Allgemeingut wird.

## Pankows Affront gegen die Katholiken

Von Eberhard Zaehlmann, Berlin

Es liegen Anzeichen vor, daß das kühle, aber keineswegs gespannte Verhältnis, das bisher zwischen Pankow und der katholischen Kirche bestand, sich beträchtlich ändern wird. Wenn nicht alles täuscht, dürfte sich in nächster Zeit im Zusammenhang mit dem 79. Deutschen Katholikentag, der im August in Hannover stattfindet, auch zwischen den katholischen Bürgern der Zone und der Zonenregierung ein sehr gespanntes Verhältnis ergeben, wie es zwischen der evangelischen Kirche und den sowjetzonalen Staatsorganen schon seit langem besteht.

Während noch vor wenigen Tagen in der Presse die Mitteilung veröffentlicht wurde, der katholische Berliner Bischof Dr. Bergsch werde in den nächsten Tagen eine Unterredung mit dem Pankower Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigerwaser (SED), haben, in der u.a. auch die Frage einer Teilnahme sowjetzonaler Katholiken am Hannoverschen Katholikentag erörtert werden soll, hat die von einem Kreis pankowfreundlicher Katholiken herausgegebene Zeitschrift "Begegnung" die Antwort der Pankows bereits vorweggenommen.

### "Tagung der kalten Krieger"

Da es sich beim 79. Deutschen Katholikentag um eine "Tagung der kalten Krieger" handelt, sei die Erwartung, so heißt es wörtlich, daß die "Zonenregierung" der Ersuchen um Delegationen aus der Zone Folge leiste - der Gipfel der Unverfrorenheit. Mit anderen Worten: die Pankower Regierung wird keinen katholischen Bürger der Zone die Möglichkeit zur Fahrt nach Hannover geben.

Wenn auch sicherlich die Furcht vor der "Republikflucht" einer Reihe von Teilnehmern der Pankowern die Erlaubnis zur Fahrt nach Hannover von vornherein als ein großes Wagnis erscheinen lassen mußte, so scheint doch für die SFD-Regierung jetzt ganz allgemein der Augenblick gekommen zu sein, in dem man sich gezwungen sieht, die bisher im Vergleich zur evangelischen Kirche sehr schonende Behandlung der Katholiken aufzugeben.

### Mit unterschiedlichen Kasse

Die unterschiedliche Behandlung der beiden Kirchen durch den Staat kam nach dem 13. August schon allein darin zum Ausdruck, daß Präses Scharf, dem Leiter der WKID, genauso wie dem Bischof von Berlin-Brandenburg, Dr. Dibelius, das Betreten Ostberlins verwehrt wurde, während zur gleichen Zeit der katholische Bischof von Berlin, Dr. Bergsch, ungehindert zwischen der beiden Teilen der Stadt hin- und herreisen und damit seinen Amtspflichten nachkommen konnte. Er hat allerdings seinen Amtssitz in Ostberlin.

Die großzügigere Haltung der Zonenorgane gegenüber der Katholischen Kirche zeigte sich u.a. auch darin, daß im Mai und Juni weder der Jugendwallfahrt nach Erfurt, an der unter den 6000 Jugendlichen auch Angehörige der NVA in Uniform teilnahmen, noch der Männerwallfahrt nach dem Bichenfeld mit über 20 000 Teilnehmern irgendwelche Schwierigkeiten bereitete.

wurde. Noch in Erinnerung ist auch die Neueinweihung der katholischen Hofkirche in Dresden durch Bischof Spülbeck, die selbst in den SED-Leistungen ein repräsentatives Echo fand.

Die Rücksichtnahme gegenüber der katholischen Kirche hat ohne Zweifel nicht zuletzt ihren Grund darin, daß die Zahl der katholischen Bürger der Zone in Vergleich mit den evangelischen Bürgern nicht so sehr ins Gewicht fällt, sodaß der SED-Staat zunächst seine Bemühungen bei der Evangelischen Kirche ansetzte, um den hier sehr starken Widerstand gegen die "Sozialisierung" nach Ulbrichts Fuster zu bekämpfen. Die Schikanen und Angriffe gegen evangelische Zogungen und deren Repräsentanten sind Legion.

### "begegnung"

Die von einigen pankovtreuen Katholiken ohne Zweifel im SED-Auftrag herausgegebene Zeitschrift "begegnung" läßt mit ihrem Angriff gegen den Katholikentag in Hannover ganz eindeutig einen schärferen Kurs gegen die Katholiken der Zone erkennen. Die Teilnahme katholischer Bürger der Zone wird mit der Behauptung abgelehnt, im "Hildesheimer Marienfest" des Zentralkomitees deutscher Katholiken, das auch für den katholischen Laienkongress in Hannover verantwortlich zeichnet, habe man sich zur NATO bekannt, wenn man erkläre: "Wir stehen zur freiheitlichen Ordnung unseres Staates, die im Grundgesetz der Bundesrepublik ihren Ausdruck gefunden hat." Aus dem weiteren Bekenntnis aber, "umso mehr schmerzt es uns, daß ein Viertel des deutschen Volkes davon ausgeschlossen ist", macht man in Ostberlin einen Versuch, "auch die DDR in die NATO-Integration einzubeziehen".

Damit hätten sich die westdeutschen Katholiken gegenüber den Katholiken der DDR mit allen Konsequenzen abgegrenzt, was u.a. auch darin zum Ausdruck komme, daß in den offiziellen Pressematerialien des Katholikentages von "Teilnehmern aus der Zone" und von der "Zonenregierung" gesprochen werde. DDR-Bürger hätten daher nichts in Hannover zu suchen.

### Pankow hofft auf "Linkskatholizismus"

Die neue Haltung Pankows gegenüber den katholischen Bürgern der Zone und ihrer Kirche muß die schon jetzt sehr gespannte Atmosphäre zusätzlich verschärfen und kann auch nicht ohne eindeutige Reaktion von katholischer Seite bleiben. Der Versuch Pankows aber, den Katholiken in ihrem Machtbereich mit dem Hinweis auf die "Katholische Arbeiterbewegung" in Westdeutschland einzureden, dieser westdeutsche "Linkskatholizismus" sei mit seiner antireaktionären Haltung ein Garant dafür, daß der "Sozialismus" - natürlich nach SED-Muster - sich auch in Westdeutschland durchsetzen werde, ist zu primitiv, um auch nur eine geringe Erfolgchance zu haben.